

**Niederschrift**

über die **Sonder-Sitzung** des **Rates der Stadt** am Dienstag, **18. November 2008, 16.00 Uhr**, im **Saal des Bürgerhauses**, Schloßmacherstraße

Anwesend:	Dr. J.	Korsten	Bürgermeister
	S.	Augst-Hedderich	
	I.	Bartholomäus	
	U.	Brand	
	D.	Busch	
	M.	Dummer	
	R.	Ebbinghaus	
	J.	Eifer	
	H.	Enneper	
	K.-H.	Fischer	
	R.	Greif	
	K.	Haselhoff	
	U.	Hebrock	
	E.	Huckenbeck	
	O.	Jung	
	T.	Klee	
	R.	Kötter	
	T.	Lorenz	
	D:	Lunderstädt	
	A.	Müller	
	H.	Nahrgang	ab 16.35 Uhr, TOP 1
	U.	Nickel	
	W.	Nowara	
	Dr. J.	Rieger	
	B.	Rüggeberg	
	R.	Schäfer	
	S.	Schlüter	
	A.	Schröder	
	R.	Schulte	
	D.	Stark	
	K.	Steinmüller	
	G.	Uellenberg	
	A.	Verhees	
	Dr. J.	Weber	
	A.	Widua	
	L.	Witasek	
Von der Verwaltung:	R.	Meskendahl	
	U.	Butz	
	J.	Gottlieb	
	R.	Voß	
	F.	Nipken	
	V.	Bornwasser	Schrifführerin
Als Gäste zu TOP 1:	Herren	Kempkens und Vochsen Altemann und Rönneper	Fa. Heilmaier, Krefeld Anwälte für Baurecht
Es fehlt entschuldigt:	M.	Grüterich	

**Tagesordnung:  
(Öffentlicher Sitzung)**

1. „Life-ness“  
Antrag der FDP-Fraktion vom 03.11.2008
2. Shared Services  
Antrag der FDP-Fraktion vom 03.11.2008

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Weiter begrüßt der Bürgermeister zu TOP 1 die Herren Kempkens und Vochsen vom Büro Heilmaier & Partner in Krefeld sowie die Herren Altemann und Rönneper, die als Rechtsanwälte für Baurecht eingeschaltet wurden, die berichten werden. Danach wird festgelegt, welche Details öffentlich und welche nichtöffentlich verhandelt werden können. Es sollte soweit wie möglich öffentlich getagt werden.

Herr Dr. Korsten weist auf die verteilten Tischvorlagen hin, die aus

einem Antrag der Alternativen Liste,  
einer Anfrage der CDU-Fraktion  
3 Anträgen der UWG-Fraktion,  
Auszügen aus dem Prüfbericht vom Büro Heilmaier & Partner  
einer Dringlichkeitsentscheidung  
einer Genehmigung der Erweiterung der Kreditlinie für Bäder GmbH

bestehen. Der Antrag der FDP-Fraktion war der Einladung beigefügt.

**1. „Life-ness“  
-Antrag der FDP-Fraktion vom 03.11.2008-**

---

Herr Rüggeberg trägt als Antragsteller vor.

Er streift in seinen Ausführungen die Peinlichkeit der Verschiebung der Einweihungsfeier, die jedoch zu verschmerzen ist. Dass jedoch Mehrausgaben in Millionenhöhe auftreten, von denen keiner Kenntnis hat, ist ein Skandal und er hinterfragt, wie so etwas passieren konnte, da es Geschäftsführer, Bürgermeister, Aufsichtsrat, Architekt, Projektmanager, Badmanager und eine Buchhaltung gibt. Er geht auf die normale Abwicklung bei Baumaßnahmen einschließlich Vergabe von Aufträgen und Bezahlung von Rechnungen ein. Bei öffentlichen Baumaßnahmen kommt es immer wieder zu Nachträgen, die in die existierenden Kostenkalkulation aufgenommen werden. Bei großen Überschreitungen müssen Genehmigungen eingeholt und evtl. zusätzliche Geldmittel bereitgestellt werden. Bei der Bäder GmbH ist dies offensichtlich anders gelaufen. Der Aufsichtsrat hat die Spielregeln wohl nicht festgelegt und auch kaum überwacht. Es wäre zu klären, warum man die Kostenexplosion nicht feststellte. Weiter wäre zu klären, wer die Aufträge und Nachaufträge erteilt hat und warum kein Auftrag an ortsansässige Firmen vergeben wurde und in welchen Bereichen die Kosten ausufernten. Ebenso ist zu prüfen, welche Rechnungen ohne Auftrag bezahlt wurden und wer diese freigegeben hat. Man muss erkunden, ob sich jemand bereichert hat und wer in Regress genommen werden kann. Evtl. muss die Staatsanwaltschaft eingeschaltet werden.

Fakt ist, dass Fragen anstehen, die zur Zeit keiner beantworten kann und die sich vor zwei Wochen dem Aufsichtsrat noch nicht gestellt haben. Hier soll nun der Wirtschaftsprüfer Auskunft geben. Seiner Meinung nach wurde groß fahrlässig gehandelt. Allerdings sieht auch Herr Rüggeberg keine Alternative zu den Ausführungen in der Verwaltungsvorlage. Man muss also notgedrungen einer weiteren Bürgschaft zur Nachfinanzierung zustimmen, da sonst bei einer Insolvenz der Bäder GmbH die 51 % Anteile der Stadt an den Stadtwerken verloren gehen.

Als Konsequenz fordert Herr Rüggeberg, dass der Aufsichtsratsvorsitzende, Dietmar Stark, der seiner Meinung nach hier auf der ganzen Linie versagt hat, die Verantwortung für die angerichteten Schäden bei SWR und Bäder GmbH übernimmt. Der Rat möge daher seine Abberufung in beiden Gesellschaften beschließen. Außerdem sind die Schuldigen für das Ausufern des Projektes „life-ness“ auszumachen und wie bereits erwähnt, zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass zunächst von ihm und den anwesenden Gästen vorgetragen wird. Er weist darauf hin, dass Herr Kuhl vom Aufsichtsrat der Bäder GmbH nicht ermächtigt wurde, Erklärungen im Rat abzugeben, daher ist er beauftragt worden, Informationen weiterzugeben. Er verliest in diesem Zusammenhang Auszüge des vorliegenden Prüfungsberichtes, aufgestellt durch das Wirtschaftsprüfungsbüro Dr. Heilmaier. Aufgrund rechtlicher Beschränkungen können nicht alle Einzelheiten öffentlich bekannt gegeben werden. Das Ausmaß der momentan gegebenen Situation ist jedoch aus den kurzen Ausführungen erkennbar.

Auf Bitten des Bürgermeisters werden zunächst die Wirtschaftsprüfer Kempkens und Vochsen und anschließend Herr Rechtsanwalt Altemann ihre Ausführungen tätigen.

Herr Kempkens gibt wesentliche Details bekannt, u.a. auch, dass die Bäder GmbH mit der Firma „Der Plan“ in Berlin einen Vertrag abgeschlossen hat, dessen Obergrenze bei 3,5 Mio € liegt. „Der Plan“ war nicht berechtigt, Aufträge an beteiligte Firmen zu erteilen, ebenso liegt keine Projektbuchhaltung vor, auch keine verlässlichen Unterlagen. Baukosten in Höhe von 2,1 Mio € waren nicht erfasst bzw. bezahlt. Die Firma hat den Geschäftsführer der Bäder GmbH nicht darüber informiert, dass die Obergrenze nicht eingehalten werden kann. Angebote bzw. Auftragsbestätigungsschreiben, die durch die Bäder GmbH unterzeichnet werden müssen, liegen nicht vor. Die Mitarbeiter sowie der Geschäftsführer wurden befragt. Vom Geschäftsführer der Bäder GmbH wurde der kaufmännische Leiter der Stadtwerke angewiesen, Zahlungen vorzunehmen. Auch der Centermanager wurde angewiesen, die Baukosten zu überwachen, schriftliche Anordnungen wurden allerdings nicht erlassen. Weder der kaufmännische Leiter noch der Überwacher fühlten sich für das nun eingetretene Desaster verantwortlich. Der Geschäftsführer hat dann die Finanzbuchhalterin angewiesen, einen Finanzstatus zu erstellen, was nicht möglich war, da von der Firma „Der Plan“ keine Unterlagen vorlagen bzw. zugänglich wurden. Darüber hat sie den Geschäftsführer informiert, der es jedoch unterließ, diesbezügliche Meldungen unverzüglich an den Aufsichtsrat weiterzugeben. Eine Baukostenübersicht bei „Der Plan“ (Herrn Schorndorf) liegt zwar vor, jedoch nur als grobe Übersicht. Eingangsrechnungen wurden sachlich vom Centermanager geprüft, rechnerisch jedoch nicht. Zahlungsfreigaben sind nicht erfolgt. Zusammenfassend kann er feststellen, dass eine Baukostenkontrolle nicht erfolgt ist.

Herr Vochsen erläutert nochmals, dass der Geschäftsführer die Gesellschaft nach außen vertritt und die Gesellschaft leitet, der Aufsichtsrat ist nur Überwachungsorgan. Der Aufsichtsrat hat sich informieren lassen. Aus dem Geschäftsbericht ergaben sich keine Angaben, die eine Überprüfung erforderlich machte.

Sodann berichtet Herr Altemann. Er ist erst heute Morgen in das Thema eingestiegen. Er und sein Mitarbeiter sind vor Ort gewesen und haben sich die Unterlagen einschl. Verträge angesehen. Es wurde festgestellt, dass es einen Projektsteuerungsvertrag mit Herrn Schorn-

dorf gibt. Dieser Vertrag ist ganz hervorragend ausgearbeitet, so dass hieraus eine Menge an Rechten hergeleitet werden kann. Es wurde festgelegt, welche Summe ausgegeben werden kann. Danach wurden die vorhandenen Aufträge gesichtet. Diese Aufträge ließen einige Fragen offen. Herr Schorndorf war vor Ort und wurde intensiv befragt. Über dessen Ausführungen war Herr Altemann sehr erschüttert. Herr Schorndorf musste mitteilen, dass er den Aufsichtsrat bewusst belogen hat und auch wusste, dass es bei den vorgegebenen Baukosten nicht geblieben ist. Er selbst war nicht in der Lage, detaillierte Aussagen zu machen. Kostenaufschlüsselungen sind nicht vorhanden. Es war der Aufsichtsrat, der sich erkundigt hat, ob Herr Schorndorf versiert ist. In einigen Städten hat die Firma Der Plan ordnungsgemäß gearbeitet. Herr Schorndorf gab fälschlicherweise an, dass er in diesen Projekten als Projektleiter gearbeitet hat, obwohl er nur Bauleiter war.

Herr Altemann erklärt, dass seine Kanzlei nicht nur für Baurecht, sondern auch für Gesellschaftsrecht zuständig ist. Dem Aufsichtsrat wurde ständig berichtet, dass die Baukosten eingehalten werden. Erstaunlich ist, dass hier vom Geschäftsführer Kuhl nicht deutlich vorher Warnhinweise gekommen sind. Vermutlich hat sich Herr Kuhl mit diesem Projekt nicht ausgiebig befasst. Bei Hinweisen seinerseits hätte man vorher eingreifen können. Herrn Schorndorf traut man keine exakten Angaben zu, da er auch auf Nachfrage, was zur Fertigstellung des Projektes weiter zu tun ist, keine näheren Aussagen machen konnte. Eine Baufirma hat bereits ihre Arbeit eingestellt, da sie eine Zahlung von 200.000 € nicht erhalten hat. Dieses Unternehmen wird jedoch dringend benötigt, um die Fertigstellung des Objektes zu bewerkstelligen. Zwingend notwendig wird es auch sein, dass hier Gutachter eingesetzt werden, die sich mit dem Bauzustand befassen und klären, wie weiter vorgegangen werden muss, vor allem bei der Schwimmbadtechnik. Der vorliegende Projektsteuerungsvertrag ist nicht einmal ansatzweise erfüllt worden.

Fazit ist, dass Herr Schorndorf den Aufsichtsrat bewusst belogen hat und auch Herr Kuhl wissen musste, dass hier etwas nicht stimmt und die Baukosten weit überschritten werden.

Herr Rüggeberg betont, dass die Angelegenheit offensichtlich noch schlimmer ist als erwartet. Er ist der Ansicht, dass Herr Altemann den Aufsichtsrat offensichtlich schützt. Er wird nur vorliegendem Zahlenmaterial glauben und weiß auch nicht, warum ein Aufsichtsrat gut ist, wenn keine Kontrolle erfolgt. Außerdem interessiert ihn, ob die Firma „Der Plan“ weiterarbeiten soll. Hier wäre die Einschaltung der Staatsanwaltschaft erforderlich.

Herr Altemann betont nochmals, dass er nicht nur im Baurecht, sondern auch im öffentlichen Recht tätig ist. Ihm ist nicht daran gelegen, einen Aufsichtsrat zu schützen. Er wurde ziemlich plötzlich mit der Angelegenheit betraut und hat sich heute Morgen einen Überblick machen können, bei dem u.a. das erwähnte Gespräch mit Herrn Schorndorf stattfand. Da dieser wiederholt mitteilte, dass er bewusst eine Verteuerung verschwiegen hat, kann diese dem Aufsichtsrat nicht angelastet werden. Es geht hier um die Frage des Schadenersatzes und der Strafrelevanz. Ob man im Nachhinein bei der Firma „Der Plan“ Schadenersatzansprüche geltend machen und auch durchsetzen kann, durchführen kann, weiß er nicht. Er hat hierbei kein gutes Gefühl.

Herr Schäfer fragt, durch wen bei der Bauabwicklung nach derzeitigen Kenntnisstand Fehler gemacht wurden.

Nach Aussage von Herrn Kempkens wurden die Fehler auf der Managementebene gemacht, auf Ebene des Geschäftsführers. Für den Aufsichtsrat sieht er keine Pflichtverletzung. Der Baufortschritt wurde durch die Geschäftsführung überwacht. Ein Grund, an den Aussagen des Geschäftsführers zu zweifeln, lag nicht vor.

Herr Altemann sagt hierzu aus, dass noch zu prüfen ist, inwieweit tatsächlich Angebote von Mitbewerbern eingeholt worden sind. Er konnte nicht feststellen, dass ein Preisspiegel pro

Gewerk erstellt wurde und Vergabegespräche stattgefunden haben. Bei der Vergabe sind vermutlich viele Fehler gemacht worden.

Herr Haselhoff fragt nach, ob abgeschätzt werden kann, wie hoch die Kosten letztendlich sein werden und ob abzusehen ist, wann und ob das Bad wirtschaftlich arbeiten kann. Die Folgekosten muss der Radevormwalder Bürger zahlen. Falls die Kosten nicht mehr aufzubringen sind, stellt sich die Frage, ob man lieber Insolvenz anmelden sollte.

Sowohl Herr Kempkens als auch Herr Altemann können bezüglich der endgültigen Baukosten keine Aussagen machen.

Herr Ebbinghaus gehört nicht dem Aufsichtsrat an und ist nicht über alles informiert. Er ist jedoch der Ansicht, dass die Angelegenheit weit komplizierter ist als angenommen. Ihm wurde signalisiert, dass Herr Kempkens dem Aufsichtsrat empfohlen hat, das Bad weiter zu betreiben, damit wenigstens die Betriebskosten gedeckt werden könnten.

Laut Herrn Kempkens wird das Bad in den nächsten ca. 8 Jahren Schwierigkeiten haben, positive Ergebnisse zu erwirtschaften. Für einen Kassenkredit über 5 Mio € hat die Stadt gerade zu stehen, sowie eine Ausfallbürgschaft von 3,5 Mio € und 2,6 Mio € Altverbindlichkeiten, so dass rd. 10,5 Mio – 11 Mio € im Falle einer Insolvenz auszugleichen sind.

Die Frage von Frau Greif, wer denn das Bauprojekt nun zu Ende führen wird, ohne ein weiteres Fiasko zu erleben, beantwortet Herr Altemann dahingehend, dass er weiter versuchen wird, alle Unterlagen von Herrn Schorndorf zu erhalten und Gespräche mit dem Architekten zu führen, ob ein öffentlich-bestellter Sachverständiger hinzugezogen werden muss. Weitere Prüfungen waren in der Kürze der Zeit nicht möglich.

Die aufgeworfene Frage von Herrn Widua bezüglich der Freistellung des Geschäftsführers sowohl von der Bäder GmbH als auch von den Stadtwerken erläutert Herr Vochsen dahingehend, dass ihn der Aufsichtsrat beauftragt hat, hier arbeitsrechtlich eine genaueste Klärung herbeizuführen.

Herr Meskendahl geht auf die Frage von Herrn Enneper bezüglich der Auswirkungen auf den Haushalt darauf ein und erläutert, dass, solange die Bäder Radevormwald GmbH ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommt, keine Auswirkungen auf den Haushalt bzw. die Eröffnungsbilanz zu erwarten sind. Man muss jedoch in der Schlussbilanz für 2008 unter Verbindlichkeiten aufführen, dass eine weitere Bürgschaft übernommen worden ist. Er geht hier noch auf nähere haushaltsrechtliche Dinge wie evtl. Rückstellungen usw. ein.

Durch Herrn Rüggeberg wird zur Wirtschaftlichkeit weiter vorgetragen. Er hat damals mit 36 Ratsmitgliedern für ein neues Bad gestimmt und findet es schön, wenn dieses in Radevormwald öffnet. Da der Aufsichtsrat zur Verschwiegenheit verpflichtet ist und auch der Bürgermeister keine genauen Aussagen tätigt, fasst er nochmals zusammen, dass der Aufsichtsrat bestimmte Spielregeln aufzustellen hat. Dazu gehört auch ein Gesamtkostenplan. Das ist bis heute nicht geschehen und dafür macht er den Vorsitzenden des Aufsichtsrates verantwortlich.

Herr Altemann findet diese Ausführungen sehr interessant. Er wird jedoch keine absolut abschließende Stellungnahme abgeben. Nach seinem Kenntnisstand liegen aber seitens des Aufsichtsrates sämtliche Protokolle usw. vor. Ebenso ist der vorliegende Vertrag für die Projektleitung, den der Aufsichtsrat hat ausarbeiten lassen, optimal. Im Augenblick kann er nicht erkennen, dass hier irgend eine Verfehlung vorliegt.

Die Frage von Herrn Jung, ob auch die Bilanz der Stadtwerke belastet wird, beantwortet Herr Vochsen dahingehend, das derzeit nur die Bäder GmbH betroffen ist.

Nachdrücklich erklärt Herr Kempkens nochmals zur Finanzierung, dass er noch keine Zahlen nennen kann, da er nur ungenaue Informationen besitzt.

Für Herrn Ebbinghaus ist wichtig zu wissen, ob man bei den Betriebskosten zu schwarzen Zahlen kommt und ob Untersuchungen stattgefunden haben, die aussagen, ob man beim Weitermachen die Kosten des Bauobjektes decken kann. Wenn verhindert werden soll, dass städtisches Eigenkapital verschleudert wird, muss der Verbund der Bäder GmbH mit der Stadtwerke GmbH beendet werden.

Herr Vochsen erklärt, wenn bei den Stadtwerken in den nächsten 5 Jahren eine normale Ausschüttung erfolgt, wird man beim Bad jährlich ca. 100.000 € Verlust machen. Näheres darf er hierzu nicht aussagen. Ebenso ergänzt Herr Kempkens, dass die Beendigung der Organschaft kein technisches Problem ist, sondern das schlechteste, was der Bäder GmbH steuerlich passieren könne.

Die Frage von Frau Eifer, ob die Mehrkosten wegen Sonderwünschen anfielen, konnte Herr Altemann nicht beantworten.

Frau Greif wüsste gerne, warum keine Radevormwalder Unternehmen bei der Auftragsvergabe berücksichtigt wurden. Herr Kempkens kann das nicht beantworten, da die Auftragsvergaben durch die Firma „Der Plan“ erfolgten.

Herr Altemann macht zu diesen Thema nochmals klar, dass selbstverständlich geprüft wird, warum die heimischen Unternehmen nicht berücksichtigt wurden.

Der Bürgermeister bedankt sich bei den 4 anwesenden Herren für ihre ausführlichen Aussagen.

Zunächst soll nun über den von der CDU-Fraktion gestellten Antrag abgestimmt werden. Da jedoch die aufgelisteten Fragen als erledigt angesehen werden,ieht die Fraktion ihren Antrag als erledigt an.

Sodann wird über den Antrag von Herrn Rolf Ebbinghaus, der 7 Fragen enthält, verhandelt. Herr Ebbinghaus erläutert zu jeder dieser Fragen kurz.

Zu 1):

Auf Antrag von Herrn Rolf Ebbinghaus beauftragt der Rat der Stadt den Aufsichtsrat der Bäder GmbH, den Geschäftsführer der Bäder GmbH zur unverzüglichen Kündigung des Betriebsführungsvertrages mit den Stadtwerken Radevormwald GmbH zu veranlassen. Sollte zu diesem Schritt juristische Unterstützung notwendig sein, muss die Firma Heilmaier & Partner ausdrücklich davon ausgeschlossen werden.

**Abstimmungsergebnis:** 1 Ja-Stimme (fraktionslos)  
35 Nein-Stimmen (15 CDU, 11 SPD, 5 UWG, 3 FDP, 1 BM)

Zu 2):

Auf Antrag von Herrn Rolf Ebbinghaus beauftragt der Rat der Stadt den Bürgermeister, alle notwendigen Schritte einzuleiten, damit die 2004 gebildet Orangenschaft zwischen der Stadtwerke Radevormwald GmbH und der Bäder GmbH umgehend gelöst werden kann. Der

Bürgermeister sollte dazu rechtlich und wirtschaftlich beraten werden. Von dieser Beratung wird das Unternehmen Heilmaier & Partner GmbH ausdrücklich ausgeschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 1 Ja-Stimme (fraktionslos)  
35 Nein-Stimmen (15 CDU, 11 SPD, 5 UWG, 3 FDP, 1 BM)

Zu Frage 3):

Vor Abstimmung gibt Herr Rüggeberg hier zu bedenken, dass man vor einer Trennung vom Geschäftsführer zunächst beide Seiten hören muss. Solange es nicht 100 %ig feststeht, dass Herr Kuhl grob fahrlässig gehandelt hat, ist äußerste Vorsicht geboten.

Der Bürgermeister bestätigt, dass der Aufsichtsrat sich mit diesem Thema ebenfalls beschäftigt.

Nach Ansicht von Herrn Haselhoff sind gravierende Fehler gemacht worden; daher geht es nicht um die Entscheidung einer Entlassung sondern der Entbindung von einer Aufgabe.

Auf Antrag von Herrn Rolf Ebbinghaus weist der Rat der Stadt die Mitglieder des Aufsichtsrates der Bäder GmbH an, unter Beachtung der gesellschafts- und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, den Geschäftsführer der Bäder GmbH umgehend von seiner Funktion als Geschäftsführer der Bäder GmbH zu entbinden. Für eine Übergangszeit übernimmt ein leitender Mitarbeiter der Stadtverwaltung die kommissarische Geschäftsführung.

**Abstimmungsergebnis:** 5 Ja-Stimmen (4 UWG, 1 fraktionslos)  
31 Nein-Stimmen (15 CDU, 11 SPD, 1 UWG, 3 FDP, 1 BM)

Zu 4):

Auf Antrag von Herrn Rolf Ebbinghaus beauftragt der Rat der Stadt den Aufsichtsrat der Bäder GmbH den (kommissarischen) Geschäftsführer der Bäder GmbH zu veranlassen, das unter Beachtung der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen alle notwendigen Schritte eingeleitet werden, um den Centermanager M. Mokrus zu entlassen.

**Abstimmungsergebnis:** 5 Ja-Stimmen (4 UWG, 1 fraktionslos)  
31 Nein-Stimmen (15 CDU, 11 SPD, 1 UWG, 3 FDP, 1 BM)

Zu 5):

Herr Ebbinghaus hält es dringend für geboten, nochmals ein Gesamtkonzept und die Folgen im Zusammenhang mit diesen Baupleiten realitätsnah überprüfen zu lassen. Der Bürgermeister erklärt, dass ein erneutes Gutachten beantragt wird.

Auf Antrag von Herrn Rolf Ebbinghaus beauftragt der Rat der Stadt die Verwaltung, ein mit Bad- und Freizeitanlagen vertrautes Wirtschaftsprüfungsunternehmen zu bestellen, das die von der Fa. Heilmaier & Partner vorgelegte Wirtschaftsanalyse zur Fortführung des „lifeness“-Konzeptes auf ihren Realitätsgehalt überprüft. Das Prüfungsergebnis, in Form einer Sensitivitätsanalyse, ist dem Rat vorzustellen. Darüber hinaus ist von diesem Unternehmen auch zu prüfen, ob eine Beschränkung auf Basisangebote im Rahmen von Schwimmen und

Sauna zu erschwinglichen Preisen und unter Verzicht auf den Fitness/Wellnessbereich sowie das Spielangebot in der Indoorhalle ein Marketingkonzept sein könnte, das auch unter den Rahmenbedingungen des Radevormwalder Marktes und der extrem verschlechterten Ausgangsposition zur Überdeckung der Betriebskosten führen könnte.

**Abstimmungsergebnis:** 5 Ja-Stimmen (4 UWG, 1 fraktionslos)  
31 Nein-Stimmen (15 CDU, 11 SPD, 1 UWG, 3 FDP, 1 BM)

Zu 6):

Auf Antrag von Herrn Rolf Ebbinghaus weist der Rat der Stadt den Aufsichtsrat der Bäder GmbH an, eine rechtliche Prüfung zu veranlassen, inwieweit der Berliner Architekt, der als Projektmanager eingesetzt war, für den Schaden in Regress genommen werden kann. Das Prüfungsergebnis ist auch dem Rat vorzustellen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Zu 7):

Hierzu teilt der Bürgermeister mit, dass die Stadt Gesellschafter ist. In der Gesellschafterversammlung vertritt der Bürgermeister den Rat.

Herr Vochsen gibt bekannt, dass rechtlich keine Bedenken bestehen, die Bilanzen vorzulegen und öffentlich eingesehen werden können.

Dies bestätigt Herr Dr. Weber. Die GuV-Rechnung muss öffentlich ausgelegt werden.

Auf Antrag von Herrn Rolf Ebbinghaus weist der Rat der Stadt den Aufsichtsrat der Bäder GmbH an, ab dem Geschäftsjahr 2008 die Bilanz, die GuV-Rechnung und den Jahresgeschäftsbericht dem Rat umgehend nach Fertigstellung zur Information zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Eine Abstimmung über die Anträge der UWG-Fraktion findet nicht statt, alle 3 Anträge werden zurückgezogen, da sie zwischenzeitlich beantwortet sind.

Sodann soll über den FDP-Antrag vom heutigen Tage abgestimmt werden, der aus 2 Beschlüssen besteht.

1. Der Aufsichtsratsvorsitzende Dietmar Stark hat nachweislich versagt, er hat genug Schaden bei der SWR und der Bäder GmbH angerichtet und muss die Verantwortung übernehmen. Der Rat beschließt daher seine Absetzung als Aufsichtsratsvorsitzender in beiden Gesellschaften.

2. Die Schuldigen für das Ausufern der Investitionskosten sind auszumachen und zur Rechenschaft zu ziehen.

-Der Beschluss zur Absetzung als SWR-Vorsitzender kann in der nächsten Ratssitzung bestätigt werden.-

Auf Frage von Herrn Rüggeberg teilt Herr Vochsen mit, dass hier nicht der Rat, sondern der Aufsichtsrat zu entscheiden hat.

Daraufhin ergeht die Frage von Herrn Rüggeberg an Herrn Stark, ob er nicht freiwillig als Vorsitzender des Aufsichtsrates zurücktreten will.

Dem widerspricht Herr Stark, dem nach ausführlichen juristischen Beratungen keine Verfehlung zur Last gelegt wird und der daher keine Veranlassung für einen Rücktritt sieht.

Der Antrag zu 1. als auch zu 2. ist damit erledigt. Es erfolgt keine Abstimmung.

#### Dringlichkeitsentscheidung:

Herr Meskendahl erläutert, dass Zahlungsschwierigkeiten bei der Bäder GmbH bestehen und die Handwerker von der Baustelle abgezogen werden, wenn keine umgehenden Zahlungen erfolgen. Die Kreditlinie musste daher sofort um weitere 300.000 € erhöht werden. Nach Gesprächen mit der Kommunalaufsicht wurde eine Zustimmung erteilt unter der Voraussetzung, dass eine Dringlichkeitsentscheidung unterzeichnet wird. Auch für die Gewährung einer Bürgschaft gibt es ein positives Votum. Er erklärt auf Rückfrage von Herrn Dummer, dass Herr Kempkens eine Prüfung vorgenommen hat und eine Bürgschaft über 2,5 Mio gewährt werden kann. Der Rat muss sich darüber im Klaren sein, dass er für die Erteilung der Bürgschaft verantwortlich ist. Grundsätzlich geht die Kommunalaufsicht davon aus, dass das, was die Wirtschaftsprüfer dargelegt haben, auch den Tatsachen entspricht. Die Kommunalaufsicht hat das vorliegende Zahlenmaterial geprüft.

Nach Ansicht von Herrn Haselhoff ist es evtl. günstiger, in Insolvenz zu gehen, da man letztendlich nicht weiss, in welchem Rahmen sich die Baukosten noch bewegen. Wegen fehlender Zahlen sieht er sich nicht in der Lage, einem Beschluss zuzustimmen.

Auf Frage von Herrn Schröder, inwieweit man davon ausgehen muss, dass die Stadtwerke-Überschüsse für Verluste des Bades herhalten müssen, erläutert Herr Vochsen.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass die Gewinne aus den Stadtwerken in den Verlust des Hallenbades fließen.

Herr Ebbinghaus gibt zu bedenken, dass eine Insolvenz nach der Eröffnung des Bades schwerwiegendere Folgen haben wird. Sollte der Kredit abgelehnt werden, ist allerdings Morgen schon eine Insolvenz gegeben. Nach seiner Ansicht muss alles daran gesetzt werden, eine mögliche Anschluss-Insolvenz der SWR GmbH, die sich als Folge einer Insolvenz der Bäder GmbH ergeben könnte, zu verhindern. Innerhalb der nächsten Monate sollte das geforderte Zahlenmaterial vorgelegt werden; ansonsten sollte man in Insolvenz gehen.

Hierzu erklärt Herr Rüggeberg, falls die Stadt eine Bürgschaft übernimmt und der Insolvenzantrag später gestellt wird, sind die Kredite durch die Bürgschaften der Kommune abgesichert.

Seitens der CDU-Fraktion fordert Herr Widua, die Bürgschaft an die Bedingung zu knüpfen, dass Zahlungen erst nach Prüfung freigegeben werden.

Herrn Dr. Rieger sieht keine andere Wahl, als den Bau des Bades voranzutreiben, da eine Bauruine sicherlich nicht erwünscht ist.

Herr Rüggeberg macht nochmals deutlich, dass die Wirtschaftsprüfer eingehende Rechnungen prüfen müssen. Rechnungen, zu denen keine Aufträge vorliegen, sollten nicht beglichen werden. Da er gehört hat, dass im Zusammenhang mit der Fortführung weitere Planungskosten anfallen, möchte er wissen, wie hoch diese Kosten sind und ob sie in den Finanzierungsrahmen passen, da sie sicherlich nicht unerheblich sein werden.

Diese Frage kann Herr Kempkens nicht beantworten.

Die Bitte von Herrn Widua, im Dezember einen Bericht vorzulegen, beantwortet der Bürgermeister dahingehend, dass das davon abhängt, ob eine ordnungsgemäße Auflistung aller Kosten der Baumaßnahme vorliegt.

Herr Meskendahl erklärt nochmals auf Nachfrage von Herrn Schröder, dass ein Kassenkredit von 5 Mio € existiert. Als die Dringlichkeitsentscheidung gefällt wurde, waren noch 364.000 € verfügbar, 500.000 € mussten jedoch bezahlt werden. Nach Rücksprache mit Herrn Kempkens reichen 300.000 € aus, um für eine kurze Zeit weiter zu kommen. Die Kreditlinie von 5 Mio und 2,5 Mio € werden weiter benötigt, das sind 7,5 Mio €. Die weiteren 3,5 Mio € langfristiger Darlehen sind hiervon ausgenommen.

Es ergeben sich noch weitere Diskussionen, in deren Verlauf Herr Ebbinghaus um Mitteilung bittet, ob bei der Kreditlinie auch die Altschulden des aquafun enthalten sind, was von Herrn Meskendahl bestätigt wird.

Der Rat der Stadt genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung bezüglich der Erhöhung der Kreditlinie des städt. Kassenkredit-Kontos Nr. 126 458 bei der Sparkasse Radevormwald-Hückeswagen für die Bäder Radevormwald GmbH in der vorliegenden Form.

**Abstimmungsergebnis:** 34 Ja-Stimmen (15 CDU, 11 SPD, 4 UWG, 3 FDP, 1 BM),  
1 Nein-Stimme (fraktionslos)  
1 Enthaltung (UWG)

#### Übernahme einer Bürgschaft für die Kreditlinie des Kassenkreditkontos für die Bäder GmbH:

Der Rat der Stadt beschließt:

1. das bisher auf die Stadt Radevormwald laufende Kontokorrent-Konto Nr. 126 458 bei der Sparkasse Radevormwald-Hückeswagen mit sofortiger Wirkung auf die Bäder Radevormwald GmbH umschreiben zu lassen und die Weitergewährung des Kassenkreditzinssatzes für Kommunen durch die Übernahme einer entsprechenden Bürgschaft zu gewährleisten.
2. für das Kontokorrent-Konto Nr. 126 458 bei der Sparkasse Radevormwald-Hückeswagen eine Erhöhung der Kreditlinie von bisher 5.300.000 € auf neu 7.500.000 € zugunsten der Bäder Radevormwald GmbH durch die Gewährung einer entsprechenden Bürgschaft zu ermöglichen. Für das Konto-Nr. 126 458 beträgt die kommunal verbürgte Kreditlinie danach insgesamt 7.500.000 €.

**Abstimmungsergebnis:** 33 Ja-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 4 UWG, 3 FDP, 1 BM)  
2 Nein-Stimmen (1 SPD, 1 fraktionslos)  
1 Enthaltung (UWG)

## 2. Shared Services

### **-Antrag der FDP-Fraktion vom 03.11.2008-**

---

Herr Rüggeberg erläutert seinen Antrag.

Er geht auf das vom Land geförderte und finanzierte Projekt Shared-Services ein, das Kosteneinsparungen durch Zusammenlegung von Aufgaben und Zusammenarbeit von Ämtern angrenzender Gemeinden bringen soll. 3 Bürgermeister der Nachbargemeinden ließen sich von ihren Räten durch Beschluss autorisieren, das Projekt voranzureiben und umzusetzen. In Radevormwald war dies nicht der Fall, da seiner Ansicht nach der Bürgermeister nicht hinter dem Projekt steht. Überhöhte Forderungen der Stadt Radevormwald im Bauaufsichtsbereich führten dazu, dass sich der Hückeswagener Bürgermeister anderweitig orientierte. Da der Rat in dieser Angelegenheit nur spärlich unterrichtet wurde, war ihm dies nicht bekannt. Prof. Deckert, die Städte Marienheide und Radevormwald sind nun geschockt über die Initiative der Stadt Hückeswagen, nicht mehr mit Radevormwald, sondern mit Wipperfürth zusammen zu arbeiten. Dadurch sind Kosteneinsparungen bei der Zusammenlegung der Betriebshöfe Radevormwald/Hückeswagen unmöglich geworden. Es ergibt sich ein jährlicher Verlust von 275.000 €. Der Rat der Stadt sollte beschließen, dass der Bürgermeister sich nochmals mit seinem Amtskollegen in Verbindung setzt, um die interkommunale Zusammenarbeit fortzusetzen. Der Rat steht Shared-Services aufgeschlossen gegenüber und erwartete bis zur nächsten Ratssitzung Vorschläge.

Der Bürgermeister widerspricht energisch den Ausführungen von Herrn Rüggeberg. In keiner Arbeitsgruppensitzung gab es Hinweise auf die Absichten von Hückeswagen und Wipperfürth. Die Städte Radevormwald und Marienheide wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Informationen des hiesigen Rates über das Projekt waren nachweislich umfangreicher als in den anderen Städten. Prof. Deckert hat in allen Räten vorgetragen. In der letzten Ratsitzung im September hat man den Beratungsweg besprochen und vereinbart. Zunächst sollte Prof. Deckert den Fortgang des Projektes vorstellen. Danach sollte die Angelegenheit im Hauptausschuss erörtert und im Rat im Dezember entschieden werden. So war das auch in den anderen Gemeinden vorgesehen. Er erläutert nochmals genau, dass am 22.10. das letzte Treffen der 4 Bürgermeister mit Prof. Deckert stattfand. Bei diesem Termin stand außer Frage, dass die bisher erarbeiteten Konzepte für den Bauhof Radevormwald/Hückeswagen wie vorgehen abgewickelt werden. Es gibt hierüber eine Niederschrift, aus der er einige Passagen vorliest. Am 28.10. schreibt der Kollege Ufer aus Hückeswagen einen Brief an den Kollegen in Wipperfürth, in dem er anfragt, ob Wipperfürth die Bauaufsicht für Hückeswagen übernehmen könne. Dies hat mit Shared-Services nichts zu tun, war auch nie Thema des Projektes. Mit Antwortschreiben vom 28.10.2008 teilt der Kollege Forsting mit, dass er sich eine bauaufsichtliche, sowie auch andere Zusammenschlüsse vorstellen kann. Dabei kam auch der Zusammenschluss der Bauhöfe Hückeswagen/Wipperfürth zur Sprache. Diese Sache ist dann durch Herrn Rüggeberg in der Presse bekannt gemacht worden. Am 03.11.2008 hat er dann um 14.00 Uhr in Hückeswagen seinen Kollegen Ufer hierzu befragt, der nach wie vor bestätigte, dass die Planung für die Bauhöfe Radevormwald/Hückeswagen bestehen bleibe. Es gebe lediglich in dieser Sache Überlegungen für den Fall, dass in Radevormwald keine Zustimmung durch Rat erfolgt. Am gleichen Tage wird in einem Pressegespräch in Hückeswagen bekannt gegeben, dass ein Zusammenschluss der Bauhöfe Hückeswagen/Wipperfürth geplant sei. Das war jedoch auch Herrn Prof. Deckert nicht bekannt. Es war also niemand informiert. Im

Oktober war in allen Gemeinden klar, dass die Terminfolge, so wie von den Bürgermeistern vereinbart, abläuft: Hauptausschuss November, Rat Dezember 2008.

Weiter hat er zwischenzeitlich erfahren, dass es auch kritische Nachfragen seitens der Bezirksregierung an Herrn Forsting gegeben hat. Man war verwundert über Zeitungsberichte in dieser Angelegenheit. Er persönlich findet die stattgefundene Vorgehensweise sehr enttäuschend. Das jetzige Modell Hückeswagen/Wipperfürth wurde nämlich auch von Prof. untersucht, war jedoch nicht so erfolgversprechend wie Radevormwald/Hückeswagen.

Zum Thema „Gemeinsame Bauaufsicht“ fand eine Nachfrage des Kollegen Ufer aus Hückeswagen statt. Es wurde ein Gespräch hierüber geführt; Ergebnisse lagen jedoch noch nicht vor. Man ist grundsätzlich bereit, in dieser Sache der Stadt Hückeswagen zu helfen, wenn sich dies positiv auf beide Städte auswirkt. Durch Frau Gottlieb und Herrn Klein wurde deutlich gemacht, dass sie die zusätzlichen Aufgaben nur übernehmen können, wenn eine zusätzliche Vollzeitstelle bewilligt wird. Er als Bürgermeister hat die Verantwortung, dass das Baudezernat in Radevormwald läuft. Er kann nicht die Radevormwalder Bevölkerung bei der Beantragung von Bauvorhaben damit vertrösten, dass deren Bearbeitung länger dauert, da man für Hückeswagen mit arbeiten muss. Der Rat in Hückeswagen hatte Probleme mit dieser Stelle. Am 03.11.2008 hat sich Hückeswagen gegen die Zusammenarbeit entschieden. Der Bürgermeister betont nochmals, dass diese Angelegenheit nichts mit Shared-Services zu tun hat.

Herr Dr. Korsten macht deutlich, dass nicht nur er, sondern auch sein Kollege Töpfer aus Marienheide vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Bürgermeister Töpfer überlegt sogar, aus der Nordallianz der 4 Bürgermeister auszutreten. Außerdem überlegt er, ob nicht Marienheide aus dem Projekt Shared-Services aussteigt. Ihm fehlt für eine weitere Zusammenarbeit die Vertrauensbasis.

Herr Rüggeberg meldet sich nochmals zu Wort und erklärt, das Herr Ufer das Projekt dem Innenminister vorgestellt hat. Eine Kosteneinsparung für die beteiligten Gemeinden in den nächsten Jahren ist unstrittig. Unstrittig ist ebenfalls, dass Herr Ufer seit Monaten auf eine Entscheidung drängt, die nicht getroffen wurde. Dass es dabei um die Bauaufsicht ging, hat er erst heute erfahren. Er hat selbst Gespräche mit der Stadt Hückeswagen geführt und nichts an die Presse gegeben, was nicht stimmt. Die Räte der 3 anderen Gemeinden haben sich mit Grundsatzentscheidungen zu den Untersuchungsergebnissen bekannt. Dies wurde von Prof. Deckert bestätigt, nur Radevormwald hat noch nicht entschieden. Er gibt dem Bürgermeister dahingehend Recht, dass für alle Städte ein Vorteil gegeben sein muss. Die Ansiedlung des Bauhofes und des Beschaffungswesens in Radevormwald hätte positiv entschieden werden können.

Durch das Handeln von Hückeswagen und Wipperfürth ist man momentan „mattgesetzt“. Die Gemeinde Marienheide jedoch nicht, da diese noch mit anderen Gemeinden zusammen arbeiten könnte.

Seitens der CDU-Fraktion äußert sich Herr Dr. Weber dahingehend, dass die Situation sich momentan äußerst dramatisch darstellt. Das in Rede stehende Einsparpotential von ca. 275.000 € ist nun nicht mehr erreichbar. Er hat mit dem Bürgermeister von Wipperfürth Gespräche geführt, wobei dieser der Meinung war, dass Herr Dr. Korsten eine Entscheidung hätte treffen müssen. Er hatte immer den Eindruck, dass der Bürgermeister sich hinter der Politik versteckt. Es stellt sich für ihn die Frage, was der Bürgermeister nun unternehmen will, um das ursprüngliche Projekt Shared-Services fortzusetzen und was das Innenministerium dazu mitteilt.

Auf die Reaktion des Ministeriums bei der Sitzung am 04.12.2008 ist auch der Bürgermeister gespannt. Er betont nochmals, dass es für ihn nicht klar war, dass es zu einem Zusammenschluss der Bauhöfe Radevormwald-Hückeswagen kam. In der letzten Ratssitzung reagierte ein Großteil der Ratsmitglieder skeptisch zu diesem Thema; das

konnte man schon nach dem Vortrag von Prof. Deckert absehen. Er konnte keine verbindlichen Aussagen machen, bevor der Rat entschieden hat. Dies hat er seinen Kollegen deutlich gemacht. Er selbst war sich nicht sicher, wie über das Thema in Radevormwald beschlossen wird. Im Gegensatz zum Kollegen Töpfer aus Marienheide hält er es nicht für richtig, das ganze Projekt in Frage zu stellen. Er wird sich mit seinen Kollegen zusammen setzen, obwohl das bisherige Vertrauen untereinander natürlich jetzt nicht mehr gegeben ist. Man wird sicherlich versuchen, auch in Gesprächen mit dem Ministerium das Projekt im Interesse der Stadt Radevormwald fortzusetzen.

Nach Ansicht von Herrn Haselhoff war die Vorgehensweise dahingehend terminiert, dass in der letzten Ratssitzung im Dezember von allen Räten entschieden wird. Fest steht, dass das Gesamtprojekt für Radevormwald sehr wichtig ist. Insofern es es gut, dass weiter konstruktive Gespräche geführt werden. Prof. Deckert hat erklärt, dass er davon ausgeht, dass 6 weitere Projekte angefasst werden. Er hat sich dann auch mit Bürgermeister Ufer in Verbindung gesetzt, um sich ein Bild über die Behauptungen von Herrn Rüggeberg zu machen. Herr Ufer hat ihm dann mitgeteilt, dass das Projekt Bauhof mit Radevormwald weiter uneingeschränkt von seiner Seite verfolgt wird. 1 Stunde später geht er dann an die Presse und bestätigt die Aussagen von Herrn Rüggeberg. Er hat ihm also bewusst die Unwahrheit gesagt. Er bittet Dr. Korsten, am Shared-Services weiter zu arbeiten.

Herr Müller äußert sein Befremden über die Vorgehensweise der FDP-Fraktion. Man kann dem Bürgermeister nicht vorwerfen, dass er die Interessen der Stadt nicht vertritt; es sollte erst am 16.12.2008 eine diesbezüglich Abstimmung im Rat stattfinden. Leider ist der Shared-Services-Professor mit seiner Planung gegenüber seinem Initiator Ufer nicht übereingekommen. Der Wipperfürther Bürgermeister Forsting ist neuer Partner von Herrn Ufer. Radevormwald ist demnach also außen vor. Die SPD-Fraktion hat Vertrauen zu Bürgermeister Dr. Korsten. Man ist davon überzeugt, dass er die Interessen der Stadt wahr. Dieses Vertrauen wird dem Bürgermeister Ufer nicht mehr entgegengebracht. Er äußert sich weiter kritisch über den Weg, den Herr Ufer gegangen ist, bittet jedoch um Weiterarbeit mit den anderen Gemeinden.

Herr Dr. Korsten geht nochmals auf die Frage von Dr. Weber ein, wie das Gespräch und die anschließende Pressemitteilung am 03.11.2008 zustande gekommen ist. Vor der Sparkassensitzung in Radevormwald, an der Herr Ufer auch teilnahm, hat er ihn darauf angesprochen. Herr Ufer hat ihm dort mitgeteilt, dass die Aussagen von Herrn Rüggeberg zutreffen. Der Bürgermeister ist dann mit Herrn Ufer zur Presse gegangen, damit dieser sein Verhalten rechtfertigt.

Herr Schäfer bittet für die CDU-Fraktion, das Projekt Shared-Services fortzuführen und Schäden von der Stadt abzuwenden.

Auf weitere Vorwürfe aus Reihen des Rates entgegnet der Bürgermeister, dass der Informationsfluss an die Politik zu diesem Projekt in Radevormwald besser als in den anderen Kommunen war, was jedoch einige Fraktionen anders sehen. Er merkt noch an, dass der Kollege Töpfer in Marienheide auch ohne sein Wissen ausgebootet wurde. Dort steht jedoch der gesamte Stadtrat hinter ihm. Dies ist hier jedoch anders.

Herr Ebbinghaus findet die ganze Angelegenheit peinlich.

Für Herrn Rüggeberg geht es um Kosteneinsparungen in Millionenhöhe, gerechnet auf die nächsten Jahre. Er erwartet einen ausführlichen Bericht in der gesamten Angelegenheit in der nächsten Ratssitzung am 16. Dezember 2008.

Herr Enneper bittet nun, einen Beschluss zu fassen.

Herr Dr. Korsten gibt bekannt, dass es nicht nur um den Zusammenschluss der Bauhöfe geht, was sich für Radevormwald wohl erledigt hat. Es muss noch über Vergabewesen und Immobilien entschieden werden. Er bleibt im Gespräch mit den Kollegen. Er sieht keinen Sinn darin, jetzt aus dem Projekt auszusteigen.

Der Bürgermeister verliest einen Beschluss, den die FDP-Fraktion ihm vorgelegt hat.

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, dass der Bürgermeister sich nochmals mit seinen Amtskollegen in Verbindung setzt, um eine interkommunale Zusammenarbeit in allen möglichen Bereichen herbeizuführen. Der Rat der Stadt steht dem Projekt positiv gegenüber und erwartet daher bis zur nächsten Ratssitzung entsprechende Ergebnisse.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Ende der Sitzung: **20.35 Uhr**

Dr. Josef Korsten  
Bürgermeister

Verena Bornewasser  
Schriftführerin

Versendetag: